

Aktenzeichen
41-6220

Kitzingen, 16.11.2021

Federführung: Sachgebiet 41
Bearbeiter: Joachim Gattenlöhner
Tel.Nr.: 09321/928-4000

Vorlage-Nr.: SG 41/646/2021

Beratungsfolge:	Status:öffentlich/nicht öffentlich	Termin:
Umwelt- und Klimaausschuss	öffentlich / Beschluss	26.11.2021
Kreisausschuss	öffentlich / Beschluss	02.12.2021
Kreistag	öffentlich / Beschluss	13.12.2021

Liegenschaften des Landkreises Kitzingen Klimaneutrale Verwaltung bis 2030

Anlagen:

1 Antrag Fraktion FW, FBW und Ausschussgemeinschaften FDP, USW, BP vom 01.11.2021
Stellungnahme Untere Naturschutzbehörde vom 13.01.2020

I. Vortrag:

In der Sitzung des Umwelt- und Klimaausschusses vom 15.03.2021 wurde mit Vortrag SG 11/522/2021, der Antrag der Grünen Fraktion, zur klimaneutralen Verwaltung bis 2030 vom 11.12.2020 behandelt und beschlossen.

Mit Schreiben vom 01.11.2021 stellten die Fraktionen der Freien Wähler, FBW und Ausschussgemeinschaften FDP, USW, BP den Antrag zur Erreichung der frühestmöglichen Klimaneutralität und zur Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes des Landkreises Kitzingen folgende Maßnahmen und Investitionen zu beschließen:

1. Alle Dächer der landkreiseigenen Schulen werden, soweit bisher noch nicht erfolgt, zum frühestmöglichen Zeitpunkt mit Photovoltaik zur Energiegewinnung belegt.
2. Auf den ehemaligen Hausmülldeponien Nenzenheim und Neuses am Sand werden ebenfalls Photovoltaikanlagen im zulässigen Umfang errichtet. Notwendige Planverfahren sind unmittelbar einzuleiten.
3. In allen landkreiseigenen Schulen werden, soweit nicht bereits erfolgt, die Beleuchtungsmittel auf energiesparende und umweltfreundliche LED Technologie umgestellt.

Zu Punkt 1:

Photovoltaik (PV) und Schule passen zusammen. Der Schulbetrieb läuft i.d.R. genau dann, wenn auch die Sonne scheint. Der eigene Strom wird so tagsüber direkt vom Dach verbraucht, Überschüsse werden in den Batteriespeicher, der dann in den Dunkelstunden den Strombedarf abdeckt, und ins Stromnetz, eingespeist. Die eigene Stromproduktion kann den Kindern/Jugendlichen über große Anzeige-Tafeln veranschaulicht und so gut in den Unterricht integriert werden.

Prüfung der Dächer: Die Dächer der kreiseigenen Schulen müssen noch hinsichtlich Statik und Brandschutz geprüft werden. Der Aufwand wird pro Schule auf ca. 1.500,00 Euro bis 2.000,00 Euro geschätzt.

Für die Überprüfung der Schuldächer stehen die Mittel für die Realschule Kitzingen bei der Haushaltsstelle 0.2202.5040, das Gymnasium Marktbreit bei der Haushaltsstelle 0.2351.5040 und die Erich Kästner Schule bei der Haushaltsstelle 0.2702.5040 (Unvorhersehbares) zur Verfügung.

Kostenschätzung: Es liegen, vorbehaltlich der Prüfung der Dächer, Projektierungen für folgende Schulen vor: Staatliche Realschule Kitzingen mit 130-280 kWp, Erich-Kästner-Schule mit 123 kWp und Gymnasium Marktbreit mit 200 kWp. Für die drei Anlagen werden die Kosten auf ca. 550.000 – 600.000 Euro geschätzt. Geschätzte Kosten für Batteriespeicher sind hier enthalten. Die Amortisation beträgt ca. 7 bis 13 Jahre.

Geschätzte Einsparungen: Die Einsparung von Stromkosten (26ct/kWh) durch Stromeigennutzung belaufen sich auf ca. 50.000 Euro pro Jahr. Es werden CO₂-Einsparungen von etwa 233 – 311 Tonnen pro Jahr (ohne Batteriespeicher) erzielt. Der Gesamtstrombedarf

der Kreisverwaltung mit Kreisliegenschaften lag 2020 gemäß Energiebericht 2020 bei 1.305.499 kWh. Der in 2020 durch die PV-Anlagen (Bauhof, Wertstoffhof) und die verpachteten Dachflächen erzeugte Strom belief sich auf 308.083 kWh. Dies sind insgesamt knapp 24% vom Gesamtstromverbrauch. Dieser Anteil regenerativ erzeugten Stroms steigt, sofern die PV-Anlagen wie projektiert gebaut werden könnten, auf ca. 54%.

Auf dem Weg zur Klimaneutralität ist es empfehlenswert, die zur Verfügung stehenden Flächen so gut wie möglich auszunutzen.

Weitere Möglichkeiten: Einbindung einer Lade-Infrastruktur für das Lehrpersonal.

Zu Punkt 2:

Die beiden Deponien wurden zuletzt 2020 von Herrn Riedel untersucht, damals gab es eine ablehnende Stellungnahme von der Unteren Naturschutzbehörde (Anlage). Unter den neuen Voraussetzungen wird die Verwaltung erneut auf die Untere Naturschutzbehörde zugehen und die Möglichkeit von PV Anlagen auf den Deponieflächen überprüfen lassen.

Zu Punkt 3:

Im Jahr 2021 wurde im Gymnasium Marktbreit die Beleuchtung der Klassenzimmer auf LED umgestellt.

Für das Haushaltsjahr 2022 ist geplant, die Flurbeleuchtung ebenfalls auf LED Leuchten umzustellen. Im Haushalt 2022 werden hierfür bei der Haushaltsstelle 0.2351.5040 Haushaltsmittel in Höhe von 76.000,00 € benötigt.

In der Realschule Dettelbach sollen in den Klassenräumen, dem Musiksaal, im Treppenhaus und in der Aula die Beleuchtungsmittel durch LED Leuchten ersetzt werden. Hierfür werden bei der Haushaltsstelle 0.2201.5040 Haushaltsmittel in Höhe von 78.000,00 € benötigt.

Anzumerken ist, dass das Landratsamt bereits im Jahr 2021 mit LED Beleuchtungsmitteln ausgestattet wurde.

Die Fachoberschule Kitzingen wurde bei der Generalsanierung auf LED Leuchten umgestellt. Die Berufsschule Kitzingen wird bei der anstehenden Generalsanierung ebenfalls standardmäßig mit LED Beleuchtung ausgestattet.

Die erforderlichen Haushaltsmittel für die Umrüstung der Beleuchtung in der Realschule Kitzingen und im Armin-Knab-Gymnasium werden, nach Vorliegen der Angebote, für das Haushaltsjahr 2023 beantragt.

II. Beschlussvorschlag:

1. Die Überprüfung der Schuldächer für die Montage von PV Anlagen ist zeitnah zu beauftragen.
2. Die Deponieflächen werden auf die Machbarkeit einer PV Anlage geprüft.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Vorliegen der Voruntersuchungen die Kosten für die PV Anlagen auf den Schuldächern und den ggf. Deponien zu ermitteln, die zeitliche Errichtung der PV Anlagen festzulegen und bei den Haushaltsberatungen 2022 den Gremien zur Entscheidung vorzulegen.
4. Im Haushaltsplan 2022 werden für die Umrüstung auf LED Beleuchtung für die Realschule Dettelbach 78.000,00 € und das Gymnasium Marktbreit 76.000,00 € bereitgestellt.
Zur Zeit werden Kosten für die Umrüstung auf LED Beleuchtung für die Realschule Kitzingen und das Armin Knab Gymnasium Kitzingen ermittelt, die Maßnahmen sind für 2023 geplant, die erforderlichen Mittel sind im Haushalt 2023 bereitzustellen.

Tamara Bischof
Landrätin